

## **Rede zum Haushalt 2025 von Oberbürgermeister Martin Gruner**

**Sehr geehrte Stadträtinnen und Stadträte, sehr geehrte Damen und Herren,**

ich freue mich, Ihnen heute den Entwurf des Haushaltsplans der Stadt Waldshut-Tiengen für das Jahr 2025 vorlegen zu können. Dieses Jahr ist geprägt von einer Vielzahl an Herausforderungen, die uns als Kommune fordern, aber auch die Chance bieten, gemeinsam kluge und mutige Prioritäten zu setzen.

Ein Jahr ist vergangen, seit ich an dieser Stelle den Haushaltsplan 2024 präsentiert habe. Damals stand ich noch am Beginn meiner Amtszeit. Heute, ein Jahr später, ist mein Verständnis für die Komplexität und Dringlichkeit der Aufgaben gewachsen – genauso wie die Herausforderungen, vor denen wir stehen.

### **Rückblick auf die aktuellen politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen**

Die Ereignisse der letzten Wochen auf internationaler und nationaler Ebene werfen lange Schatten auf unsere Planungen. In den USA wurde Donald Trump erneut zum Präsidenten gewählt - ein Ergebnis, das zu Unsicherheiten auf den Weltmärkten führen und die internationalen Handelsbeziehungen beeinflussen könnte. Gleichzeitig erleben wir in Deutschland eine Regierungskrise: Die Ampel-Koalition ist zerbrochen, Neuwahlen stehen bevor. Die daraus resultierende politische Unsicherheit erschwert kommunale Planungen erheblich.

Die ohne absehbares Ende andauernden kriegerischen Auseinandersetzungen in Osteuropa, im Nahen Osten und an vielen anderen Orten unserer Welt, die dramatischen Veränderungen der Wirtschaftsbeziehungen, die weltweite Rückkehr zu einem überbordenden Protektionismus, verbunden mit einem immer stärker werdenden Nationalismus, werden auch an uns nicht spurlos vorübergehen.

Wirtschaftlich ist die Lage bereits angespannt und wird es wohl auch bleiben. Das Bruttoinlandsprodukt wird 2024 in Deutschland und in Baden-Württemberg zum zweiten Mal in Folge sinken. Vor allem die Industrie leidet unter steigenden Energiekosten und internationalem Wettbewerb - aber auch unter mangelndem Mut und Weitblick für eine sich verändernde Welt. Hinzu kommt der demografisch bedingte Fachkräftemangel, der mit einer Veränderung der

Lebensvorstellungen in unserem Land einhergeht. Mit einer Jahresarbeitszeit (1.349 Stunden / pro Erwerbstätigen - der OECD-Durchschnitt liegt bei 1.716 Stunden), die im Vergleich zu unseren direkten „Konkurrenten“ deutlich am niedrigsten ist, werden wir nicht aufholen, ich behaupte sogar, unseren Status nicht halten können. Denn wo weniger gearbeitet wird, sinkt tendenziell auch die Produktion und sinkt die personelle Kapazität, Innovationen zu entwickeln.

Kurzum: Wir müssen raus aus der Bequemlichkeit, raus aus der überbordenden Individualisierung und Bürokratisierung und uns wieder darauf konzentrieren, was für unser Land, für unsere Stadt wesentlich ist. Dazu gehört auch das Setzen von Prioritäten, ein Wort, das allen zwar zunächst leicht über die Lippen kommt, aber nichts anderes bedeutet, als Nein zu sagen. Nein zu Projekten und Leistungen, die mehr auf den Wohlfühlfaktor als auf die Grundbedürfnisse unserer Gesellschaft ausgerichtet sind - und ja, auch da, bei den Grundbedürfnissen, werden wir Abstriche machen müssen.

Denn: „Veränderung ist keine Kritik an der Vergangenheit, sondern Notwendigkeit für die Zukunft!“ Das gilt auch für uns – da diese von mir beschriebenen Entwicklungen sich auch in unseren kommunalen Finanzen widerspiegeln.

## **Rückblick auf den Haushaltsvollzug 2024**

Lassen Sie mich aber zunächst einen Blick auf das laufende Jahr werfen. Um unsere finanzielle Entwicklung im Jahr 2024 abzuschätzen, wurde eine Abfrage bei den einzelnen Ämtern durchgeführt, um die benötigten liquiden Mittel zu ermitteln und die voraussichtliche Entwicklung hochzurechnen. Daraus ergibt sich folgendes Bild:

Nach aktueller Prognose ist für das laufende Jahr eine Liquiditätsverbesserung gegenüber der Planung 2024 in Höhe von rund 2,1 Mio. Euro zu verzeichnen. Diese resultiert aus geringeren Aufwendungen im Ergebnishaushalt

- Einsparungen bei den Haushaltsermächtigungsübertragungen,

- einer Liquiditätsverbesserung aus dem Haushaltsjahr 2023 im Verhältnis zur Haushaltsplanung 2024.

Demgegenüber stehen:

- geringere Erträge im Ergebnishaushalt,
- Verschlechterungen im investiven Bereich des Finanzhaushaltes,
- überplanmäßige Aufwendungen ohne Deckung
- bereits bekannte Haushaltsermächtigungen zur Übertragung in das Jahr 2024.

Für das laufende Jahr 2024 war und ist keine Kreditaufnahme vorgesehen. Aus den dargestellten Veränderungen ergibt sich eine positive Liquiditätsentwicklung in Höhe von rund 2,1 Mio. Euro. Unter Berücksichtigung der uns derzeit bekannten Haushaltsermächtigungsübertragungen (wir haben aufgrund der Umstellung auf die Doppik noch keine Eröffnungsbilanz und somit noch keine Jahresabschlüsse seit 2019) gehen wir daher für das Haushaltsjahr 2025 von einer freien Liquidität in Höhe von 12,5 Millionen Euro aus.

Im Bereich des Ergebnishaushaltes zeigt sich ebenfalls eine positive Entwicklung: Allerdings resultieren diese Verbesserungen unter anderem aus Einsparungen im Personalbereich - also nicht besetzten Stellen - und nicht durchgeführten Sanierungen an Gebäuden und Straßen - ebenfalls aufgrund nicht besetzter Stellen.

## **Ausblick auf das Jahr 2025**

Der Haushaltsplan 2025 basiert auf der Steuerschätzung 2024. Maßgebliche Grundlagen für die dargestellten Einnahmen sind die Regionalisierung der Oktobersteuerschätzung sowie der Haushaltserlass vom 31. Oktober 2024. Das Finanzministerium Baden-Württemberg rechnet für die Kommunen mit Einnahmen aus Finanzausgleich und Steuern in Höhe von 32.093 Mio. € (32,01 Mrd. €), was Mindereinnahmen von 943 Mio. € gegenüber der Mai- Steuerschätzung entspricht. Für Waldshut-Tiengen ergibt sich daraus ein Rückgang der Zuweisungen und Steuern von 0,55 Mio. Euro.

Zwar steigen die Erträge aus privatrechtlichen Leistungsentgelten auch wegen Einmaleffekten gegenüber dem Vorjahr an, jedoch steigen gleichzeitig auch die Personalkosten um rd. 2 Mio. Euro. In dem Ihnen vorliegenden Haushaltsplanentwurf ist dabei bereits eine pauschale Kürzung von 500.000 Euro aufgrund nicht ausgeschöpfter Stellenplanmittel berücksichtigt.

Auch die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen steigen. Höhere Transferaufwendungen, insbesondere für die Kreis- und FAG-Umlage, belasten den Haushalt ebenfalls.

Im Finanzhaushalt sind Investitionen in Höhe von rund 14,3 Mio. Euro vorgesehen, die sich auf bereits beschlossene und notwendige Maßnahmen verteilen.

## **Finanzielle Herausforderungen für die Kommunen**

Unser Haushalt 2025 steht daher unter besonderen Vorzeichen. Der Entwurf sieht Erträge von rund 86,7 Millionen Euro vor, denen Aufwendungen von rund 92,5 Millionen Euro gegenüberstehen. Der erwartete Fehlbetrag von 5,8 Millionen Euro zeigt deutlich die angespannte finanzielle Situation.

Aus heutiger Sicht erwarten wir im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung erst in den Jahren 2027 und 2028 wieder positive Zahlen.

Dabei haben wir bei der Planung der Umlagen bisher noch die Kreisumlage mit einem Hebesatz von 34,7 % zugrunde gelegt. Dies entspricht einer Erhöhung der Kreisumlage um 2 Prozentpunkte. Der Entwurf des Kreishaushaltes geht jedoch von einer Erhöhung um 2,7 Prozentpunkte auf 35,4 % aus - absolut entspricht dies einer Erhöhung der Kreisumlage um über 10 %.

Sowohl bei uns als auch im Kreis sehen wir steigende Ausgaben in den Bereichen Soziales, Bildung und Infrastruktur, während die Finanzhilfen von Bund und Land unzureichend bleiben. Dies widerspricht eindeutig dem Konnexitätsprinzip: „Wer bestellt, der bezahlt“, heißt es zwar, aber es werden uns Aufgaben direkt, aber auch indirekt über die Kreisumlage übertragen, ohne dass die entsprechenden Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Als Beispiel nenne ich das Bundesteilhabegesetz (BTHG): Während dieses Gesetz gesamtgesellschaftliche, soziale Ziele verfolgt und der BUND schon im Namen steht, werden die Landkreise und Kommunen mit den finanziellen Lasten allein gelassen.

Ähnlich verhält es sich mit der jüngsten Schulreform in Baden-Württemberg - ich nenne nur die Rückkehr zu G9 - die in der jetzigen Zeit nichts anderes ist als ein Einknicken der Landesregierung vor einer bildungsbürgerlichen und urban geprägten Wählerklientel.

Die Folgen sind erhebliche Investitionen in Personal und Infrastruktur, die bis heute nicht gegenfinanziert sind. Eine Belastung für die kommende Generation - wer auch immer am Ende die finanziellen Mittel aufbringen muss. Hier hätte ich mir vom Gesetzgeber mehr Mut zu einem klaren Nein gewünscht.

## **Investitionen und Prioritäten**

Trotz dieser Schwierigkeiten setzen wir klare Schwerpunkte:

- **Bildung und Betreuung:** Fertigstellung des Neubaus der Grund- und Werkrealschule Gurtweil, der Planungsbeginn für den Neubau des Kindergartens St. Christopherus sowie Sanierungsmaßnahmen an der Realschule Waldshut und der Heinrich-Hansjakob-Schule bleiben zentrale Projekte.

- **Städtebau und Infrastruktur:** Die Fortführung der städtebaulichen Sanierungsprogramme in Waldshut und Tiengen sowie der weitere Ausbau von Radwegen, der Beteiligung am Umbau der Bahnhöfe im Zuge der Elektrifizierung der Hochrheinbahn aber auch der Beginn dringend erforderliche Investitionen in die Verwaltungsgebäude, wie dem Planungsbeginn für den Neubau der Stadtgärtnerei.
- **Stärkung der Ortsteile:** Mit der Erweiterung des Gemeindehauses Eschbach und dem Zuschuss für die Sanierung des Pater-Jordan-Hauses in Gurtweil, bleibt der Blick nicht nur auf die großen Stadtteile fokussiert, sondern richtet sich auf klar auf die Stärkung des sozialen Zusammenhalts in den Ortschaften.

Besonders erwähnen möchte ich in diesem Zusammenhang zwei Positionen:

Da ist zum einen die Förderung in Höhe von 2,34 Mio. € für 156 öffentlichen Stellplätze im Zusammenhang mit dem Bau des Klettgau-Carrees. Zwei Drittel dieser Kosten wird das Land Baden-Württemberg übernehmen. Ziel dieser Investition ist, die Realisierung des Klettgau-Carrees möglich zu machen und gleichzeitig den innerstädtischen Einzelhandel durch öffentliche, innenstadtnahe Stellplätze zu unterstützen.

Weiterhin sehen wir eine kommunale Beteiligung bei „Naturenergie“ in einer Größenordnung von 500.000 € vor. Ziel dieses Engagements soll die Stärkung der Zusammenarbeit auch mit dem zweiten überregionalen Energieversorger in unserer Region sein – das vor allem mit Blick auf Maßnahmen der Energie- und Wärmewende.

All diese Investitionen dienen nicht nur der Verbesserung unserer Infrastruktur, sondern auch der Stärkung des sozialen Zusammenhalts. Wir werden diese Projekte weiterhin ohne Neuverschuldung umsetzen – ein ehrgeiziges Ziel, das durch eine verantwortungsvolle Haushaltsführung und den Abbau von Rücklagen erreicht werden soll.

## **Appell an Bund und Land**

Ich möchte an dieser Stelle noch einmal betonen, dass wir als Kommune bereit sind, Verantwortung zu übernehmen. Wir können dies aber nur erfolgreich tun, wenn Bund und Land ihren Verpflichtungen nachkommen. Wir brauchen eine faire Finanzausstattung, um die uns übertragenen Aufgaben bewältigen zu können. Gesetze dürfen nicht weiter zu Lasten der Kreise und Kommunen beschlossen werden. Hier muss auch der Gesetzgeber seine Verantwortung endlich sehen und wahrnehmen.

## **Ausblick und Schlusswort**

Trotz aller Herausforderungen bin ich überzeugt, dass wir gemeinsam die Zukunft von Waldshut-Tiengen gestalten können und werden. Nutzen wir unsere Stärken, halten wir zusammen und gehen wir Schritt für Schritt voran.

Lassen Sie mich zum Schluss meinen Dank aussprechen: Er gilt stellvertretend für alle Beteiligten Martin Lauber und Daniela Eckert, die in den letzten Wochen intensiv mit den verschiedenen Ämtern zusammengearbeitet haben, um diesen Haushaltsentwurf zu erstellen.

Und dann danke ich auch Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und freue mich auf eine konstruktive Diskussion in den kommenden Wochen.